

Entspannung im Konflikt Rom - Holland?

In der Auseinandersetzung zwischen dem holländischen Episkopat und Papst Paul VI. sind in den letzten Wochen einige bemerkenswerte Vorgänge zu verzeichnen. Diese führten zwar keineswegs zu einer endgültigen Klärung der Kontroverse, doch verdienen sie schon wegen der Bedeutung der Frage und weil in der Tages- und Wochenpresse nur sporadisch und ziemlich zusammenhanglos berichtet wurde, festgehalten zu werden. Bekanntlich hatte seit dem Brief des Papstes an Kardinal *Alfrink* vom 24. Dezember 1969 (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 79) und der Absichtserklärung des niederländischen Episkopats vom 19. Januar 1970, in der sie die *Einschränkung des Zölibatsgesetzes* durch die Zulassung Verheirateter zur Ordination und durch Wiederzulassung in Ausnahmefällen von Priestern, die geheiratet haben, aber das Priesteramt weiter ausüben möchten, für Holland befürworteten, kein *direkter* Kontakt zwischen dem Episkopat und dem Papst stattgefunden. Die entschiedene Absage des Papstes an jene Absichtserklärung war nicht direkt den holländischen Bischöfen übermittelt worden, sondern fand sich in der bekannten Fensteransprache vom 1. Februar 1970 und in dem Brief des Papstes an Kardinalstaatssekretär *Villot* formuliert (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 134 ff.). Während der darauffolgenden öffentlichen Auseinandersetzung über das Verhalten Roms innerhalb und außerhalb Hollands gab es offenbar nur indirekte Kontakte. Daß aber die Kontroverse niemals zur völligen Funkstille geführt hat, zeigte das erst anläßlich der letzten Sitzung des holländischen Pastoralkonzils, von dessen Beschluß auf der fünften Sitzung Anfang Januar die Kontroverse ausgegangen war (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 57), bekanntgewordene *Treffen zwischen Kardinal Alfrink und Kardinalstaatssekretär Villot* vom 7./8. März 1970 in Paris. Da der Episkopat in der Folgezeit sich äußerst zurückhielt und die letzte Sitzung des Pastoralkonzils selbst keine weitere Verschärfung brachte, konnte schon damals mit einer Wiederaufnahme des Gesprächs in absehbarer Zeit gerechnet werden. Der mehrtägige *Romaufenthalt Kardinal*

Alfrinks Anfang Juli, während dem der Kardinal vom Papst zweimal — am 10. und 11. Juli — zu einem ausführlichen Gespräch empfangen wurde, mochte nur jene überraschen, die sich in römischen Gepflogenheiten wenig auskennen oder die Bemühungen des niederländischen Episkopats um Loyalität gegenüber dem Papst unterschätzt hatten.

Bemerkenswerte Stellungnahmen

Welches der Gesprächsinhalt zwischen dem Kardinal und dem Papst war, konnte sich jeder denken. Man hat offenbar alle mit der Zölibatskontroverse und speziell mit der Situation der Kirche der Niederlande zusammenhängenden Fragen eingehend erörtert. Das zeigte die Tatsache, daß der Kardinal nicht nur dem Papst ausführlich berichtete — die zweimalige Audienz an zwei aufeinanderfolgenden Tagen dürfte für den Vatikan eine protokollarisch seltene Ausnahme gewesen sein —, sondern auch mit den Leitern der von der Frage mitbetroffenen römischen Ressorts zusammenkam, mit den Kardinalen *Villot*, *Seper* und *Wright* sowie mit den Erzbischöfen *Benelli*, *Casaroli* und *Schroeffler*. Das erste Gespräch mit dem Kardinalstaatssekretär hatte bereits wenige Stunden nach der Ankunft des Kardinals auf dem römischen Flughafen begonnen.

Nicht uninteressant ist, was dem Alfrinkbesuch vorausgegangen war. Anläßlich des Jahrestages der Papstkrönung (am 28. Juni 1970) hatte Alfrink in Den Haag eine offenbar für das Ausland bestimmte Predigt in französischer Sprache gehalten, in der er zwar die Streitfrage des Zölibats nicht direkt anschnitt, wohl aber einige vielbeachtete Sätze zum *Verständnis und zur Funktion des Petrusamtes* in der Kirche sprach. Er skizzierte die klassischen Stellen des Neuen Testaments bezüglich des Primats und sprach dann von der Komplementarität der beiden Vatikanischen Konzilien hinsichtlich seiner Auslegung. Wörtlich hatte der Kardinal erklärt: „Mir scheint, daß die Spannungen, die sich heute in der Kirche zeigen, zum Teil ihre Erklärung finden in dem *historischen Auseinanderliegen zweier Elemente der Ekklesiologie und des kirchlichen*

Lebens, die in Wirklichkeit untrennbar sind... Ein geduldiger Dialog wird in der Kirche nötig sein, damit sie, auf der Basis beider Konzilien, den Frieden finden möge, den wir vom Herrn erbeten“ (Französischer Originaltext in „Documentation Catholique“, 19. 7. 70). Der Kardinal würdigte auch das Wirken des gegenwärtigen Papstes und die Schwierigkeiten der Kirchenführung heute. Aufhorchen ließ der Satz: Niemand habe das Recht, „*dem Papst Entscheidungen aufzuzwingen, die er im Gewissen nicht treffen zu dürfen glaubt*“. Das war wohl sicher nicht als bloße Zubilligung eines Gewissensurteils gemeint, sondern ekklesial verstanden.

Ein *Hirtenbrief der niederländischen Bischöfe* vom gleichen Tage stellte den Petrusdienst in die Perspektive der Stärkung im Glauben, wobei das „*haltet euch an die Überlieferungen*“ von 2 Thess. 2, 15, das dauernd über die Lippen des Papstes kommt, als zu dieser Stärkung gehörig hervorgehoben wurde. Gegen Ende des Briefes wurde dann hinzugefügt, der Papst müsse auch von seiten der Kirche in seinem Glauben bestärkt werden, gegebenenfalls durch Kritik, immer aber „*indem wir auf positive Weise zum Leben der Kirche beitragen*“. Schon diese Predigt des Kardinals und der Hirtenbrief der Bischöfe ließen erkennen, daß man weiterhin bestrebt war, die Balance zu halten. Einerseits erklärten sich die Bischöfe für eine klare und *uneingeschränkte Loyalität* gegenüber dem Papst, andererseits verstehen sie diese Loyalität als Verwirklichung eines *partnerschaftlichen Verhältnisses*, in dem der Primatsdienst mehr aufgrund gegenseitiger Konsultation als durch direkte bzw. einseitige Eingriffe in eine Lokalkirche ausgeübt werden soll.

Das Resümee des Rombesuches

Damit war von niederländischer Seite die *Ausgangsbasis* für die Gespräche in Rom vorsichtig umschrieben; das römische Gesprächsergebnis dürfte daran grundsätzlich wenig geändert haben. Doch ist trotz allseitiger Versicherung, daß in Rom über alles gesprochen, aber keine Tür zugeschlagen wurde, zu erkennen, daß die Bischöfe bei Aufrechterhaltung ihrer Meinung über das Zusammenspiel zwischen ihrer Kirchenprovinz und Rom ihrerseits die Tatsache, daß

der Papst bisher von den *Grundlinien des Villot-Briefes* nicht abgegangen ist und wohl auch nicht abzugehen bereit ist, Rechnung tragen müssen. In diesem Sinne ist auch die äußerste Zurückhaltung nach den römischen Gesprächen des Kardinals zu erklären. Obwohl die Bischofskonferenz bereits am 16. Juli, wenige Tage nach der Rückkehr des Kardinals, zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten war, wurde am Ende jener Sitzung noch nichts zum Rombesuch des Kardinals mitgeteilt. Der Kardinal selbst hatte sich bei Ablehnung von Interviews nach dem Besuch beim Papst auf die vorherige notwendige Unterrichtung der Mit Bischöfe berufen. Erst am 30. Juli traten die Bischöfe mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie das *Resultat des Romaufenthaltes* des Kardinals in die Sätze zusammenfaßten: „Der Papst verkennt die vom Kardinal dargelegten Probleme keineswegs, ist aber trotzdem der Meinung, daß die Gründe für die Beibehaltung des herkömmlichen Bandes zwischen Priesterweihe und Zölibat auch heute noch gelten, mehr vielleicht noch als in anderen Zeiten. Der Papst betrachtet es als eine schwere und gebieterische Forderung seines apostolischen Amtes, dies nach wie vor zu verkünden.“ In der gleichen Erklärung verweisen die Bischöfe auf die vom Papst im Villot-Brief offengelassene Möglichkeit, in ganz besonderen Ausnahmefällen verheiratete Männer reiferen Alters zu Priestern zu weihen. Hier sieht der niederländische Episkopat offenbar den *verbleibenden Ausgangspunkt* für die weitere Diskussion, ohne seine Absichtserklärung vom 19. Januar, beschränkt und nach genauer Prüfung auch Priester, die inzwischen geheiratet haben, wieder zur vollen Amtsausübung zuzulassen, zu deavouieren oder als bleibendes, wenn auch längerfristiges Postulat aufzugeben. Die Bischöfe verwiesen schließlich auf die ordentliche Bischofssynode im Herbst 1971 als die geeignete Gelegenheit, diese Frage gesamt kirchlich näher zu prüfen. Sie schlossen mit der Feststellung, daß von beiden Seiten der Wunsch bestehe, das Gespräch fortzusetzen. Ein erster Kommentar der KNP (30. 7. 70) machte seinerseits deutlich, daß die niederländischen Bischöfe ihre Absichtserklärung vom 19. Januar nach wie vor für richtig ansehen, aber den gegenteiligen Standpunkt des

Papstes respektieren möchten. Es bleibt also auch nach dem bischöflichen Kommuniqué — Rom selbst hat sich wie üblich zum Fortgang der Kontroverse nicht geäußert — bei einer Gegenüberstellung der Standpunkte, ergänzt durch die Versicherung, daß man in Holland nichts gegen die entschiedene Ablehnung des Papstes unternehmen würde. Der Papst hatte aber im Villot-Brief vom 2. Februar die niederländische Kirche klar aufgefordert, die formulierten Voten und den eingenommenen Standpunkt zu *überprüfen*. Daß diese Überprüfung aber zu einer *Änderung* geführt hätte, sagte diese Erklärung genauso wenig wie frühere, doch dürfte die Wiederholung vor allem bedeuten: Wir haben getan, was wir versprochen haben.

Dennoch konnte man einen Schritt zurück kaum vermeiden. Das zeigte ein Fernsehinterview vom Tag nach der Veröffentlichung des Kommuniqués. In diesem erklärte Kardinal Alfrink u. a.: „Die Frage, die Sie anschnitten, die Weihe Verheirateter, ist noch nicht definitiv geregelt.“ Selbst ob sie *endgültig* beschlossen wird, werde erst noch von den Beratungen im Weltepiskopat abhängen. In grammatikalisch etwas verstümmelten Sätzen gab der Kardinal zu verstehen (oder wenigstens wurde er so interpretiert), daß eine wirkliche Lösung ad calendae graecas vertagt sei. Er fügte die Bemerkung an, daß die Zölibatsproblematik einem Sektor des kirchlichen Lebens zugehört, auf dem *Pluriformität* nur schwer realisierbar sei. Er mahnte diejenigen, die auf schnelle Änderungen gehofft hatten, zur Geduld und Opferbereitschaft und bat um Verständnis für die Stellung als Priester in der Glaubensgemeinschaft der Weltkirche. Von Menschen, die ihr Leben der Kirche verpfändet hätten, glaube er, das erwarten zu dürfen.

Gedämpfte Reaktionen

Überblickt man die ersten Reaktionen in der holländischen Öffentlichkeit, gewinnt man den Eindruck, man sei bestrebt, das Beste aus den *verbliebenen Möglichkeiten* zu machen. Schon im Kommentar der KNP wurde die Möglichkeit der Ordination Verheirateter gerade in Holland angedeutet. Man könne ernsthaft überlegen, ob sich die niederländische Kirche nicht schon in der vom Papst im Villot-Brief geforder-

ten *Sondersituation* befinde. Und plädierte zugleich für eine Dehnung der Umschreibung „Männer reifen Alters“. Auch der Kardinal sprach in seinem Fernsehinterview von der alarmierenden Situation des Priesternachwuchses in seinem bis zum Vatikanum II ungewöhnlich priesterreichen Land: „Ich konnte letztes Jahr vier Priester für meine Erzdiözese weihen, in diesem Jahr nur einen. Dieses Jahr werden für die ganze Glaubensgemeinschaft der Niederlande fünf oder sechs Diözesanpriester geweiht.“ Dagegen seien in der ersten Jahreshälfte 1970 200 Priester ausgetreten oder haben um Dispens von der Zölibatsverpflichtung gebeten. Diese Situation erweist das Bestreben nach Ordination Verheirateter als *realistisch*, während die zuletzt genannten Zahlen auch die bleibende Aktualität der anderen Wünsche der niederländischen Kirche verdeutlichen.

Die Presse reagierte, da offensichtlich über die römischen Gespräche recht gut informiert und bestrebt, auf die Situation des eigenen Episkopats Rücksicht zu nehmen, eher gedämpft, aber durchaus nuanciert. „De Tijd“ (31. 7. 70) meinte, die Bischöfe seien offenbar nicht genötigt, ihre Meinung zu revidieren. „De Gelderlander“ (31. 7. 70) sah den Weg zu einem Gespräch über eine Fakultativfreigabe des Zölibats in Rom nach wie vor nicht versperrt: Pessimistischer urteilte „de Volkskrant“ (31. 7. 70). Er bangte für das Ansehen der Bischöfe im eigenen Lande und äußerte die Befürchtung, weiteres Zuwarten könnte zu einer niederländischen Kirche ohne Bischöfe führen. Auch Alfrink deutete diese Gefahr an. Eine Stimme des mehr konservativen Flügels der niederländischen Katholiken fand jetzt die Zeit für gekommen, die Argumente, die für die Verbindung von Priesteramt und Zölibat sprechen, zu vertiefen. Septuagint, die bekannte Solidaritätsgruppe „kritischer“ Priester, evangelischer Pfarrer und Laien, enthielt sich jeden Kommentars, hat aber offensichtlich über Einzelpersonen aufgefordert, zu untersuchen, welche Gemeinden bereit wären, einen verheirateten Priester in voller Amtsausübung zu akzeptieren.

Wie immer man das Ergebnis des Rombesuchs des Kardinals deutet, für Holland, insbesondere für die holländischen Bischöfe bleibt die Situation prekär. Kardinal Alfrink

gab in seinem Fernsehinterview sehr deutlich zu verstehen, daß darüber keine Illusionen möglich sind. Man würde aber die Bedeutung der Kontroverse völlig mißverstehen, wollte man sie nur am Gewicht der Zölibatsfrage messen. Dahinter steht in der Tat die vom Kardinal in seiner Haager Predigt angedeutete und verschieden interpretierbare Spannung im Verständnis des Petrusamtes durch Rom und durch die niederländische Kirche einschließlich des Episkopats. Sollte diese Spannung fruchtbar durchgehalten werden,

dürfte von einer langfristigen Klärung auch die Gesamtkirche für eine weniger zentralistische Primatsausübung Nutzen ziehen. Angesichts dieses Hintergrundes wird mancher bedauern, daß die Frage der Beziehungen zwischen Primat und Episkopat gerade in die Kontroverse um den Zölibat geraten ist. Aufgrund der bisherigen Tradition der lateinischen Kirche ist die Aussage des Kardinals, Pluriformität in der Zölibatsfrage sei (wenigstens im gegenwärtigen Augenblick) nur schwer verwirklichtbar, vollauf verständlich.

Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 66). Weiter fiel damals der Satz vom „guten Katholiken“, der zugleich „guter Staatsbürger“ sein könne. Der Papst hatte damals seinerseits auf die staatsfördernde Wirkung der kirchlichen Tätigkeit, also auf das Eigeninteresse Jugoslawiens angespielt. Im Tauziehen um die Nachfolge des Erzbischofs von Zagreb, *F. Šeper*, der 1968 als Präfekt der Glaubenskongregation nach Rom berufen wurde, aber erst im Sommer 1969 auf seinen Amtssitz endgültig verzichtete, scheint Belgrad mit der Zustimmung zur Ernennung des bisherigen Apostolischen Administrators *F. Kušarić* am 17. Juni 1970, der dem Regime früher als eine Art „zweiter Stepinac“ galt, nachgegeben zu haben. Die Verzögerung der Rangerhöhung der beiderseitigen Vertretungen, die bereits seit Ende 1969 für das Frühjahr 1970 angekündigt worden war, deuten Beobachter damit, daß Belgrad erst die *Zustimmung der einzelnen Teilrepubliken* einholen wollte.

Titos Frieden mit dem Vatikan

Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg kam es Mitte August durch einen Notenaustausch zwischen Belgrad und dem Vatikan zur *Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen* zwischen einem kommunistisch regierten Land und dem Apostolischen Stuhl. Damit wurde der bisherige Apostolische Delegat des Vatikans, Erzbischof *M. Cagna*, zum Pro-Nuntius und der jugoslawische „Regierungsgesandte“ beim Vatikan, *V. Čvrlje*, zum Botschafter ernannt, beide genießen nunmehr vollen diplomatischen Status, auch wenn der vatikanische Vertreter als Pro-Nuntius nicht zugleich Doyen des diplomatischen Korps ist, womit ein für ein sozialistisches Land wohl heikles Problem umgangen wurde. Dem Notenaustausch folgte am 24. August ein Besuch des Sekretärs des vatikanischen Amtes für öffentliche Angelegenheiten, *A. Casaroli*, in Belgrad, der schon das Protokoll von 1966 mit Jugoslawien ausgehandelt hatte. Nunmehr dürfte auch dem seit langem geplanten Besuch Titos im Vatikan nichts mehr im Wege stehen.

die Ernennung des 1946 inhaftierten Erzbischofs *A. Stepinac* zum Kardinal die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan ab. Das Jahr 1960 leitete durch die Eingabe eines bischöflichen Memorandums an die Zentralregierung zur „Normalisierung“ des beiderseitigen Verhältnisses sowie durch die Anerkennung der Religionsgesetzgebung von 1953 durch den Episkopat eine zweite Phase der Entspannung ein. Die 1964 wieder aufgenommenen Kontakte zwischen Belgrad und dem Vatikan führten schließlich am 25. Juni 1966 zum *Abschluß eines Protokolls* und zum Austausch der bisherigen quasi-diplomatischen Vertretungen (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 410). Belgrad erzielte damals als wichtigsten Punkt die Verurteilung „jeder Form politischen Terrors“ durch den Vatikan, „gleich, wer ihn verübt“, und des „Mißbrauchs“ religiöser und kirchlicher Funktionen zu politischen Zwecken, womit offenbar die Beteiligung von Priestern an den Aktionen der politischen Emigration wie an separatistischen Bestrebungen in Kroatien und Slowenien verhindert oder zumindest eingedämmt werden sollte. Die Kirche erhielt ihrerseits Kultfreiheit, Jurisdiktionsfreiheit und ungehinderten Kontakt zu Rom zugestanden. Eine ganze Reihe von Reibungsflächen zwischen Kirche und Staat blieben jedoch. Dies bestätigte indirekt auch die Aussage von Ministerpräsident *M. Spiljak* anlässlich seines Vatikanbesuches im Januar 1968, wonach die im Protokoll von 1966 grundgelegten beiderseitigen Beziehungen „zur Zufriedenheit beider Partner“ noch weiter verbessert werden könnten (vgl.

Was bezweckt Belgrad?

Dem Vernehmen nach soll die Initiative zur vollen Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen stärker von jugoslawischer Seite als von Rom ausgegangen sein. Die Motive dafür waren nicht immer ganz klar. Sicher ist dem Regime daran gelegen, im innenpolitischen Streit zwischen Belgrad und Slowenien und Kroatien um zentralisierte oder dezentralisierte Wirtschaftsreform und um größere Mitsprache der Teilrepubliken bei außenpolitischen Entscheidungen die Katholiken und den Klerus dieser autonomistisch denkenden Republiken durch Zugeständnisse an die Kirche politisch soweit wie möglich für sich zu gewinnen oder wenigstens zu neutralisieren. Aber auch außenpolitisch verspricht sich die Regierung durch ein begrenztes Zusammenspiel mit dem Vatikan auf dem Gebiet der blockfreien Politik und gegenüber Entwicklungsländern einen Prestigegewinn. Nach dem offiziellen KP-Organ „Borba“ habe die „positive Einstellung“ des Vatikans zu den weltpolitischen Fragen diese völlige Normalisierung der Beziehungen herbeigeführt. Möglicherweise stehen auch Kräfte hinter diesem Schritt, die bei Aufrechterhaltung unaufgebarbarer Positionen

Ein langsamer Entspannungsprozeß

Die Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Belgrad und dem Vatikan verdeutlicht den gegenwärtigen Stand der Entspannung und Liberalisierung zwischen Kirche und Staat in Jugoslawien. Sie ist das Ergebnis eines längeren Entwicklungsprozesses. Eine erste Auflockerung war bereits 1950/51 im Gefolge des politischen Bruchs Titos mit Moskau eingetreten. 1952 brach Belgrad aber in Reaktion auf